

Eine rote Legislatur?

Autor(en): **Rickenbacher, Iwan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **78 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine rote Legislatur?

Der Glaube, dass die zentralen Zukunftsaufgaben dank freiem Markt und ohne Staat erfüllt werden können, ist vielen auch bisher Privilegierten abhanden gekommen. Verunsichert sind Bürgerinnen und Bürger, die sich lange Zeit als ungefährdete Gewinner eines Wirtschaftssystems wähnten, das Tüchtigen, Ehrgeizigen, Leistungsbereiten Erfolg versprach. Dass andere Faktoren als ihre Produktivität die Zukunftsaussichten ihres Arbeitsplatzes bestimmen könnten, war kein Thema. Eigentlich müssten die Sozialdemokraten in der Schweiz Konjunktur haben.

Iwan Rickenbacher

Zwischen 1995 und 1998 haben gemäss der eidgenössischen Betriebszählung in der Schweiz 25 von 450 Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihre Tore geschlossen. Einzig Mikrounternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten haben im gleichen Zeitraum zugelegt, die verlorenen Arbeitsplätze aber nicht kompensiert. Konjunktur für Sozialdemokraten?

Von den betroffenen Angestellten und Kaderleuten, die 1995 bürgerliche Parteien wählten, hat 1999 kaum jemand Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewählt. Wer im bürgerlichen Lager aus Unzufriedenheit die Wahlentscheidung korrigierte, entschied sich für die SVP, deren wichtigster Repräsentant noch weniger Staat und noch mehr Markt fordert. Warum nicht für die Sozialdemokraten?

Im Dezember 1999 veröffentlichte der Bundesrat seine 24 Jahresziele 2000, darunter die Revision des Berufsbildungsgesetzes, die Botschaft zur Konsolidierung der AHV, die Botschaft zur IV-Revision,

zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes, zur Finanzierung der Stiftung «Solidarische Schweiz». Von sozialpolitischer Bedeutung sind zudem die neue Finanzordnung und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. In den nächsten Jahren entscheidet sich, ob sich die sozialen Gegensätze in der Schweiz verstärken oder ob die Basis für neue Solidarität geschaffen wird. Konjunktur für Sozialdemokraten?

Am 24. Oktober 1999 entschieden sich 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die weniger als 3000 Franken Verdienst ausweisen, für die SVP, über 20 Prozent der Rentnerinnen und Rentner auch, sowie ein Viertel aller Männer, die gewählt haben. Nur 13 Prozent der niedrigsten Verdienstgruppe entschied sich für die SP Schweiz, nur 14 Prozent jener, die nur für kurze Zeit Schulen besuchen konnten. Wen vertreten die Sozialdemokraten?

Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Sozialdemokratie in Europa präsentieren sich moderat, marktwirtschaftlich, staatstragende – von Tony Blair bis Gerhard Schröder – und verlieren das Vertrauen jener Werktätigen, für die ihre politischen Vorfahren vor Fabrikatoren Streikwache hielten.

Dafür führen bürgerliche Regierungspräsidenten in der Schweiz in den Strassen von Basel die Protestformationen der Adtranz-Belegschaft an und werden in den nachfolgenden Parlamentswahlen prompt ihren sozialdemokratischen Mitbewerbern vorgezogen, um anschliessend gleich einzugestehen, dass die Solidaritätsaktion wahltaktisch willkommen war. Warum gewinnen in dieser Situation nicht Sozialdemokraten?

**Die politische
Agenda der
nächsten Jahre
ist für die SP
Schweiz günstig.**

Führende Persönlichkeiten der Sozialdemokraten sitzen in praktisch allen Kantonsparlamenten und Kantonsregierungen, präsidieren Stadtregierungen und stützen Zauberformeln. Sie erklären ihren Anhängerinnen und Anhängern, wie die möglichen Nachteile des freien Personenverkehrs im Zuge der bilateralen Verträge durch flankierende Massnahmen zwar nicht ganz aufgehoben, aber doch etwas abgefedert werden. Sie führen öffentliche Dispute miteinander, wie die Service-public-Funktionen trotz Liberalisierung der Telekommunikation und teurem Verkauf der Cablecom bei günstigen Tarifen garantiert werden könnten, und sind sich in ihren Verlautbarungen und Prognosen nicht immer ganz einig, wie es sich für eigenwillige Köpfe geziemt. Und da die Politik der Elektrizitätswirtschaft trotz Mitwirkung der Kantone bisher kaum von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestimmt wurde, schweigen sie auch zur Liberalisierung des Strommarktes, reaktivieren dafür da und dort und eher zaghaft die Atomenergie-debatte von 1990. Der Streit um die Armee ist den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten abhanden gekommen, und die Begrenzung von deren Aktionsraum auf die nationale Katastrophenhilfe ist Sache der Nationalkonservativen, die zudem mit pazifistischen Untertönen die immerwährende Neutralität der Schweiz verlangen. Wer wählt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten?

Die Sozialdemokraten in der Schweiz weisen den höchsten Zulauf unter sehr gut ausgebildeten, gut verdienenden höheren Angestellten im öffentlichen Dienst aus, bei Menschen, die sich mit den bisherigen Umständen gut arrangiert haben. Wer unzufrieden ist oder gar benachteiligt, wählt SVP. Deren Leader, Christoph Blocher, fordert in seinem Sieben-Punkte-Programm für eine bürgerliche Regierungskoalition eine zehnjährige Denkpause in der EU-Beitrittsfrage, keine neu-

en Steuern, die die Begüterten belasten, eine härtere Gangart in der Asylpolitik, die Zurücknahme von regelnden Staatsinterventionen in der Wirtschaftspolitik, eine kostenneutrale AHV-Revision, keine Verteuerung der Energie und die Aufrechterhaltung der Neutralität. Was bringt Arbeiterinnen und Arbeiter dazu, in Scharen SVP zu wählen?

Ich denke, es sind nicht so sehr die versprochenen Lösungen. Die sind oft vage genug formuliert. Die Tatsache genügt offensichtlich, dass die SVP jene Fragen und Herausforderungen verständlich und vernehmbar benennt, die die Menschen wirklich beschäftigen: die Asylproblematik, die Sorge um den Arbeitsplatz, um die persönliche Sicherheit, um die Gesundheit und deren Wiederherstellung.

Gewiss, Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen könnten, werden auch von der SP Schweiz thematisiert, die Flüchtlingsfrage im Zusammenhang mit dem Bergier- und dem Volcker-Bericht, die Service-public-Problematik am Beispiel der Postdienstleistungen, Probleme der Forschung und Entwicklung am Beispiel der Volksinitiative «Zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie», die im März 2000 zur Abstimmung kommt. Sie macht sich stark für die aussichtslose Verkehrshalbwahlinitiative und für die ebenso umstrittene Initiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden». Die Homepage der SP Schweiz ist aktuell. Aber erreicht sie die Menschen, die die Partei erreichen möchte?

Leise Zweifel sind erlaubt. Die Sprache ist gewunden. Titel wie «Die Schweiz braucht eine vertiefte Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte – als Voraussetzung für ihre Zukunft in Europa» bewegen nicht. «Die SP Schweiz hat mit Empörung von den heute bekannt gewordenen Vorschlägen von Postdirektor Reto

Braun zum schweizerischen Poststellen-netz Kenntnis genommen»: Zur Kenntnis genommen heisst akzeptiert. Und der Titel «Schweizer Banken müssen ihren guten Willen in der Zukunft erst noch beweisen» könnte auch im CVP-Pressedienst stehen.

Die Sprache wirkt abgehoben und die Absender sind anonym, und dies in einer Zeit, wo Bürgerinnen und Bürger in Ermangelung anderer Prüfmöglichkeiten die Glaubwürdigkeit von Aussagen wieder an Menschen festzumachen versuchen, die durch ihren Leistungsausweis für Ehrlichkeit und guten Willen zeugen.

Die politische Agenda der nächsten Jahre ist für die SP Schweiz günstig. Die Skepsis vieler jüngerer Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber Errungenschaften unserer Generation wird bald in die Gewissheit umschlagen, dass Vollbeschäftigung für alle, medizinische Versorgung für alle, Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für alle nicht in den herkömmlichen Systemen und mit den bisherigen Methoden garantiert werden können. Die SP Schweiz kann in kommenden Umbruchsituationen, indem sie als Minderheit gegen die vorherrschende Meinung antritt, widerborstig und wie bisher auch ein wenig utopisch sein. Aber sie muss neue Ideen wieder mit Köpfe verbinden, mit hervorragenden Exponentinnen und Exponenten, die ein Stück weit symbolisch für die Idee stehen, Debatten besetzen und mit ihrer Diktion die Auseinandersetzung prägen, auch in den Medien, die Bilder vermitteln und dort keine

anonymen Absenderinnen und Absender gestalten.

Dies bedeutet für eine Generation von sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern, die sich mühsam von autoritären Leitfiguren und deren Arbeitsweisen in der Familie, in der Schule, in Wirtschaft und Gesellschaft befreit haben, über den eigenen Schatten zu springen, Themenführerschaft in den eigenen Reihen zu akzeptieren und hinzunehmen, dass sich einzelne Kolleginnen und Kollegen besser als andere in Szene setzen.

Der Ausgang der Wahlen 2003 ist offen. Die SP Schweiz hat eine grosse Chance, wählerstärkste Partei zu werden und damit zu dokumentieren, dass ihre Sicht der Dinge gegenüber der bürgerlichen Mehrheit politisch ernst zu nehmen ist. Eine der möglichen Alternativen heisst hinzunehmen, dass nationalkonservative Kräfte gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.

Iwan Rickenbacher absolvierte die Lehrerausbildung mit anschliessendem Studium der Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg mit einem Doktors-Abschluss, war von 1975–1988 Direktor des Lehrerseminars des Kantons Schwyz und von 1988–1992 Generalsekretär der CVP Schweiz; seit 1992 Kommunikationsberater, seit August 1998 mit eigenem Büro in Schwyz. Er ist zudem auch Lehrbeauftragter für politische Kommunikation an der Universität Bern.